

An die
lokalen Medien

21.06.2006

Kürzung der Regionalisierungsmittel: Schwerer Schlag für den Nahverkehr

Pressemitteilung

Auch wenn die Kürzung der Regionalisierungsmittel abgemildert wurde und der von der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Länder ausgehandelte Kompromiss, vorsieht, dass der Bund bis 2009 1,8 Milliarden Euro statt 2,3 Milliarden einspart, ist die Größenordnung der Kürzungen nicht zu verkraften.

Mario Krüger, Fraktionssprecher und Vertreter im VRR: „Ausgedünnte Fahrpläne und Fahrpreiserhöhungen sind unvermeidbar, wenn keine Kompensation über die Länder erfolgt.“

Aus unserer Sicht ist es eher unwahrscheinlich, dass die Landesregierung in NRW das neue Finanzloch durch Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung füllt. Dafür spricht das Drängen des Verkehrsministers, der sich von dem Zusammenschluss der örtlichen Verkehrsbetriebe Einsparungen erhofft. Diese werden nach Auffassung unserer Fraktion bestenfalls wie der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein wirken. Es scheint sich hier eher um ein Ablenkungsmanöver zu handeln, um die Verluste nicht kompensieren zu müssen. Über kurz oder lang wird dann die Unumgänglichkeit von Streckenstilllegungen begründet werden.“

Die Kürzungen der Bundesregierung sind sowohl aus der Sicht der GRÜNEN Partei als auch der Fraktion aus verschiedenen Gründen kontraproduktiv: Zum einen brauchen wir einen nicht nur funktionierenden sondern auch attraktiven Nahverkehr, um die Straßen zu entlasten, zum anderen ist die Entlastung der Straßen notwendig, um der zunehmenden Schadstoffbelastung in den Ballungsräumen zu begegnen. Auch unter dem Gesichtspunkt ständig steigender Energiepreise muss der ÖPNV vor allen Dingen für Pendler ausgebaut werden. Es müssen mehr Züge und Bahnen eingesetzt werden, statt Angebote zu verknappen.

Dazu Mario Krüger:“ NRW braucht ein dichtes Streckennetz. Wir sind gespannt, wie der Ministerpräsident, der das Haushaltsbegleitgesetz abgelehnt hat, auf die Kürzungen der Regionalisierungsmittel reagiert. Wir werden jedenfalls weiter dazu beitragen, dass die NutzerInnen des Nahverkehrs über die Auswirkungen informiert werden und sich drohenden Streckenstilllegungen widersetzen.“

Völlig unklar ist, wie sich die Mittelreduzierungen auf die kommenden Jahre und zwischen den Zweckverbänden im Einzelfall verteilen. Angesichts der langfristigen Vertragsbindungen zur Aufrechterhaltung des schienengebundenen Nahverkehrs fehlen damit sämtliche Instrumente, um Mittelreduzierungen kompensieren zu können. Weiterhin beabsichtigt die CDU/FDP- Landesregierung die für den SPNV zuständigen Finanzmittel (insbesondere Regionalisierungsmittel) in Höhe von 750 Mio. Euro mit den Mitteln zur Fahrzeugförderung, Ausgleichszahlungen für die Schülerinnenbeförderung und die Aufgabenträgerpauschale in Höhe von insgesamt rund 300 Mio. Euro zusammen zu führen. Mario Krüger stellt fest: „Wir betrachten dies als durchsichtigen Versuch fehlende SPNV- Mittel durch eine Zusammenführung anderer Finanzierungstatbestände zu kaschieren.“